

## **PRESSEINFORMATION 50/2018**

### **Auswirkungen der Energiewende: Wirtschaft in Baden-Württemberg fokussiert den Netzausbau**

Stuttgart, 09. Oktober – Die Unternehmen im Land beurteilen die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit knapp ausgeglichen. Allerdings: Nach drei Jahren mit positiven Werten, sackt die Bewertung wieder etwas unter die neutrale „Null“. Das ergab die Baden-Württemberg-spezifische Auswertung des bundesweiten DIHK-Energiewendebarmeters 2018. Auf einer Skala von -100 bis +100 bewerten die am heimischen Standort befragten Unternehmen die Auswirkungen auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit mit -2,4; für Deutschland liegt dieser Wert bei -4,9.

Die Industrie bleibt in ihrer Beurteilung mit -10,9 im Negativen und zeigt ebenfalls einen Rückgang im Vergleich mit dem Vorjahr. Deutschlandweit liegt die Bewertung mit -13,9 darunter. Energiepolitische Maßnahmen müssen daher nach wie vor besonders die Auswirkungen auf den Industriestandort berücksichtigen.

Gefragt nach den Maßnahmen, die die Politik kurzfristig ergreifen sollte, steht bei den baden-württembergischen Betrieben die Forderung nach Unterstützung des Netzausbaus und damit das Thema Versorgungssicherheit klar an erster Position, ebenso bei den Unternehmen in Deutschland und bei der hiesigen Industrie. Prioritär werden auch die Forderung nach Reduzierung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bewertet.

Die insgesamt noch ausgewogene Bewertung zu den Auswirkungen der Energiewende zeigt die hohe Anpassungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Wie in den Vorjahren ergreifen oder planen die baden-württembergischen Unternehmen auch in 2018 häufiger Maßnahmen als im Bundesschnitt. Besonders deutlich wird dies beispielsweise beim Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge oder der Nutzung von Abwärme. „Dies zeigt, dass die Wirtschaft in

Baden-Württemberg die Herausforderungen angenommen hat und entsprechend handelt, insbesondere die hiesige Industrie“, erläutert BWIHK-Präsident und Präsident der in Energiefragen federführenden IHK Karlsruhe Wolfgang Grenke die Situation.

97 % der Industrieunternehmen im Land (94 % der Industriebetriebe bundesweit) beschäftigen sich mit Aktivitäten zur Steigerung der Energieeffizienz mit steigendem Umsetzungsgrad, obwohl gleichzeitig 81 % der Industriebetriebe max. 1 % Einsparpotenzial pro Jahr im eigenen Unternehmen sehen. Investitionen in effiziente Technik finden sich auf Platz eins der am häufigsten ergriffenen Maßnahmen.

Aktivitätsverlagerungen ins Ausland aufgrund energiewirtschaftlicher Einflüsse bleiben bei ca. 20 % der Industrieunternehmen in Baden-Württemberg in Umsetzung oder Betracht. Die Aufforderung an die Politik besteht daher weiter, für dauerhafte Versorgungssicherheit und international wettbewerbsgerechte Strompreise zu sorgen, zumal die Unternehmen in den letzten 12 Monaten von wieder anziehenden Strom- und Energiepreisen berichten.

Die vollständige Baden-Württemberg-spezifische Auswertung des bundesweiten DIHK-Energiewendebarmeters 2018 finden Sie anbei.

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIHK | Federführung Industrie/Energie

IHK Karlsruhe

Gert Adler / Linda Jeromin

Telefon 0721 174-131 / -265

E-Mail [gert.adler@karlsruhe.ihk.de](mailto:gert.adler@karlsruhe.ihk.de) / [linda.jeromin@karlsruhe.ihk.de](mailto:linda.jeromin@karlsruhe.ihk.de)

Weitere Presseinformationen finden Sie unter

<http://www.bw.ihk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen>

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.